

Gudrun Biffl

Wandel der Ausländerpolitik als Folge der Öffnung Osteuropas

Im bisherigen Verlauf des Jahres 1990 entwickelte sich die Beschäftigung sehr günstig; die Zunahme beschleunigte sich im Jahresverlauf sogar deutlich (von +57 000 oder +2,1% gegen das Vorjahr im Jänner auf +71 300 oder +2,4% im September 1990). Nach der – angesichts der guten Konjunkturlage – eher zaghaften Entwicklung im Jahr 1989 glaubten die Unternehmen heuer an die Beständigkeit der guten Auftragslage: Sie bauten Überstunden ihrer Belegschaft ab und weiteten die Beschäftigung verstärkt aus. Die Produktivität je unselbständig Beschäftigten ging demzufolge gegenüber dem Vorjahr zurück (1. Halbjahr 1989 +3,0% 1. Halbjahr 1990 +2,5%).

Hand in Hand mit der Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften ging ein stürmischer Anstieg des Arbeitskräfteangebotes; im bisherigen Jahresverlauf kam er zu etwa einem Drittel aus dem Inland und zu zwei Dritteln aus dem Ausland. Der Zuwachs an inländischen Arbeitskräften entsprach dem längerfristigen Trend plus einer konjunkturellen Komponente: Das Inländerangebot steigt infolge der demographischen Strukturverschiebung – die Baby-Boom-Generation erreicht jenes Alter in dem die Erwerbsbeteiligung am höchsten ist – und infolge der längerfristigen Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in mittleren Jahren. Der Ausländerzugang geht über das konjunkturell übliche Maß weit hinaus und ist im Zusammenhang mit der Öffnung der Grenzen zum Osten und den wirt-

Im Gefolge der Öffnung der Grenzen im Osten Europas setzte in Österreich eine Einwanderungswelle ein, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr verzeichnet worden war. Der Großteil der Ausländer suchte einen Arbeitsplatz und trug somit zu einer stürmischen Steigerung des Arbeitskräfteangebotes bei. Obschon die Beschäftigung ebenfalls kräftig zunahm, konnte ein Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden.

schaftlichen sowie politischen Schwierigkeiten in den traditionellen Herkunftsländern ausländischer Arbeitnehmer in Österreich, Jugoslawien und der Türkei, zu sehen. Im September standen dem Arbeitsmarkt rund 260.100 ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung, um 74.000 oder 40% mehr als im Vorjahr. Das Inländerangebot erhöhte sich im Gegensatz dazu um 21.700 oder 0,8% auf 2,873.000. Angesichts einer solchen Angebotssteigerung, wie sie in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr verzeichnet wurde, verwundert nicht, daß trotz guter Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung die Arbeitslosigkeit steigt. Zu dem Wandel der Verhaltensmuster sowohl der Angebots- als auch der Nachfrageseite auf dem Arbeitsmarkt in den achtziger Jahren, der das Niveau der Vollbeschäftigungsarbeitslosigkeit längerfristig erhöht¹⁾ trat im Laufe der Jahre 1989 und 1990 ein Angebotsschock; angesichts der potentiellen Beeinträchtigung sozialrechtlicher Errungenschaften setzte in der Folge ein Umdenken in der Migrationspolitik – und damit in der

Ausländerpolitik und Asylpolitik – ein.

War die Zahl der Arbeitslosen zu Jahresbeginn erst um 3.600 oder 1,8% über dem Vorjahresniveau gelegen, so stieg sie bis zur Jahresmitte saisonbereinigt sprunghaft und übertraf den Vorjahreswert Ende September mit 143.600 um 24.300 oder 20,4%. Die Arbeitslosenquote dürfte damit im Jahresdurchschnitt 1990 um etwa 0,4 Prozentpunkte auf etwa 5,4% steigen. Ein statistischer Teilaspekt des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist die erstmalige Berücksichtigung von Asylwerbern in der Arbeitslosenstatistik und in der Vermittlung. Dadurch ist die Arbeitslosenzahl um etwa 5.000 höher (0,2 Prozentpunkte).

Wandel in der Asyl- und Ausländerbeschäftigungspolitik

Schon 1989 erreichte der Zustrom aus dem Ausland Ausmaße, wie sie Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gekannt hatte; die Ausländerbeschäftigung erhöhte sich damit um 54.500 oder 18% auf 322.600, der Ausländeranteil an der Bevölkerung stieg von 3,9% im Jahr 1988 auf 4,2% 1989. Im laufenden Jahr beschleunigte sich der Nettozugang deutlich. Etwa 60% des Zustroms kommen aus jenen Ländern, in denen Österreich traditionell Ausländer anwirbt – aus Jugoslawien und der Türkei –, die übrigen sind vor allem Osteuropäer. Entsprechend der Theorie der Migrationskette fungieren bereits

¹⁾ Biffl G. „Konjunktur und Arbeitsmarkt – was hat sich geändert?“ WIFO-Monatsberichte 1990 63(4) S 194

Komponenten des Arbeitskräfteangebotes für In- und Ausländer

Übersicht 1

	Angebot an Arbeitskräften ¹⁾			Unselbständig Beschäftigte ¹⁾			Arbeitslose		
	Inländer	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer	Insgesamt
1989 I Quartal	2 818 597	167 559	2 986 156	2 643 801	153 633	2 797 434	174 796	13 926	188 722
II Quartal	2 803 965	171 724	2 975 689	2 682 733	163 301	2 846 034	121 231	8 424	129 655
III Quartal	2 861 149	182 354	3 043 503	2 752 715	175 073	2 927 788	108 434	7 281	115 715
IV Quartal	2 850 380	190 141	3 040 521	2 700 390	177 516	2 877 906	149 990	12 625	162 615
1990 I Quartal	2 847 505	201 494	3 048 999	2 674 116	183 162	2 857 278	173 389	18 331	191 720
II Quartal	2 835 254	217 659	3 052 912	2 708 206	201 655	2 909 861	127 048	16 004	143 052
III Quartal	2 888 600	245 500	3 134 200	2 765 800	229 500	2 995 300	122 809	16 056	138 865
Veränderung gegen das Vorjahr									
1989 I Quartal	+21 630	+ 8 584	+30 214	+41 675	+ 9 615	+51 290	-20 045	-1 031	-21 077
II Quartal	+23 929	+13 265	+37 194	+33 990	+13 367	+47 357	-10 061	- 102	-10 163
III Quartal	+29 411	+19 801	+49 212	+35 026	+18 860	+53 886	- 5 615	+ 941	- 4 674
IV Quartal	+26 279	-26 532	+52 811	+30 695	+24 021	+54 716	- 4 416	+2 511	- 1 904
1990 I Quartal	+28 908	+33 935	+62 842	+30 315	+29 529	+59 844	- 1 407	+4 405	+ 2 998
II Quartal	+31 289	+45 934	+77 223	+25 472	+38 354	+63 827	+ 5 817	+7 580	+13 397
III Quartal	+27 500	+63 200	+90 700	+13 100	+54 400	+67 500	+14 375	+8 775	+23 150
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
1989 I Quartal	+0,8	+ 5,4	+1,0	+1,6	+ 6,7	+1,9	-10,3	- 6,9	-10,0
II Quartal	+0,9	+ 8,4	+1,3	+1,3	+ 8,9	+1,7	- 7,7	- 1,2	- 7,3
III Quartal	+1,0	+12,2	+1,6	+1,3	+12,1	+1,9	- 4,9	+14,8	- 3,9
IV Quartal	+0,9	+16,2	+1,8	+1,1	+15,6	+1,9	- 2,9	+24,8	- 1,2
1990 I Quartal	+1,0	+20,3	+2,1	+1,1	+19,2	+2,1	- 0,8	+31,6	+ 1,6
II Quartal	+1,1	+26,7	+2,6	+0,9	+23,5	+2,2	+ 4,8	+90,0	+10,3
III Quartal	+1,0	+34,7	+3,0	+0,5	+31,1	+2,3	+13,3	+120,5	+20,0

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger - ¹⁾ III Quartal 1990: vorläufige Werte

ansässige Ausländer als Nukleus für weitere Zuwanderung.

Ausländer kommen nach Österreich, insbesondere um Arbeit anzunehmen. Schon 1989 wurden in nur relativ geringem Maße die vorgeschriebenen institutionellen Kanäle und Regelungen für Arbeitsaufnahme gewählt. Zwar erhöhte sich die Zahl der über direkte Anwerbung im Ausland eingestellten ausländischen Arbeitskräfte, doch dürfte sie eine Größenordnung von kaum mehr als 6.000 Personen erreichen (exakte Daten zur Anwerbung sind öffentlich nicht zugänglich). Überwiegend kamen Neuzugänge als „Touristen“ nach Österreich und suchten zum Teil auch über Schwarzarbeit den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Daß die legale Ausländerbeschäftigung erleichtert werden mußte, um der steigenden Schwarzarbeit Herr zu werden, wurde offenbar. Auch der Charakter des Flüchtlingszustroms hat sich im Gefolge der Demokratisierung in Osteuropa geändert. In der Vergangenheit war Österreich vor allem ein Transitland für Flüchtlinge aus dem Osten gewesen – zum Großteil reisten die Asylwerber noch vor Abschluß des Antrags auf Asylgewährung nach Übersee (insbesondere USA, Kanada und Australien) weiter. Heute können die

Asylwerber aus Osteuropa meist Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention von 1951 nicht nachweisen, vielmehr suchen sie häufig einer wirtschaftlichen Notsituation zu entkommen. Wie im Ausland ist auch in Österreich zwischen Asylwerbern und ausländischen Arbeitsmigranten keine klare Trennlinie zu ziehen, und je nach den Möglichkeiten der Gesetzeslage

wird die eine oder andere Zutrittsvariante gewählt. Auch die ursprüngliche Idee der Ausländerpolitik, Ausländer nur kurzfristig (für höchstens 1 Jahr) in Österreich aufzunehmen (Rotationsprinzip), erwies sich als nicht praktikabel. Ausländische Arbeitskräfte wurden in hohem Maße de facto Einwanderer, wie die große Zahl der Einbürgerungen einerseits und

Österreichische und ausländische Bevölkerung

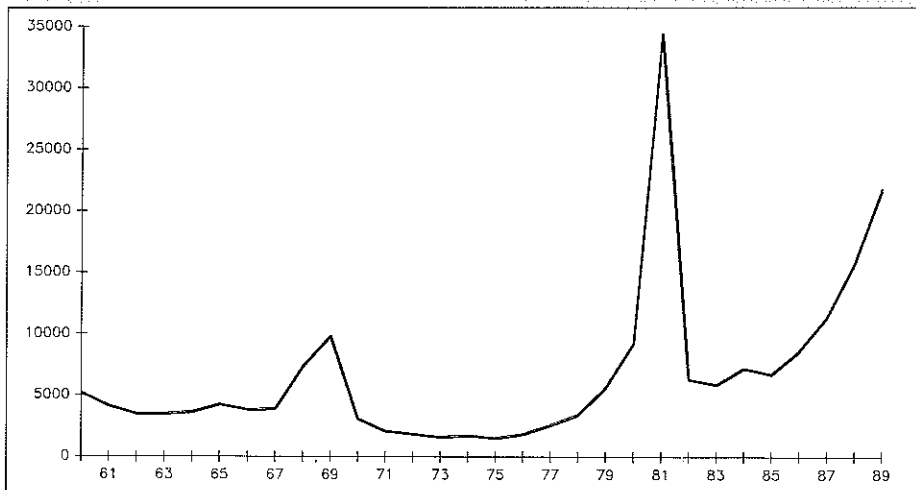
Übersicht 2

	Bevölkerung Jahresdurchschnitt	Veränderung der Bevölkerungszahl innerhalb des Jahres		
		Insgesamt	Durch Geburtenbilanz	Durch Wanderungsbilanz
			Insgesamt	
1980	7 549 433	+ 7 787	- 1 570	+ 9 357
1981	7 564 629	+34 047	+ 1 249	+32 798
1982	7 574 085	-31 611	+ 3 501	-35 112
1983	7 551 842	- 4 795	- 2 923	- 1 872
1984	7 552 551	+ 4 663	+ 768	+ 3 895
1985	7 557 667	+ 5 136	- 2 138	+ 7 274
1986	7 565 603	+ 9 058	- 107	+ 9 165
1987	7 575 732	+16 592	+ 1 586	+14 996
1988	7 596 081	+16 015	+ 4 789	+11 226
1989	7 623 605	+57 914	+ 5 352	+52 562
			Ausländer	
1980	282 694	+11 014	+ 4 977	+14 213
1981	299 163	+30 905	+ 5 330	+33 007
1982	302 872	-39 117	+ 5 489	-37 447
1983	275 016	-10 856	+ 4 088	- 5 044
1984	268 762	+ 376	+ 2 916	+ 5 252
1985	271 720	+ 2 829	+ 2 762	+ 7 378
1986	275 663	+ 5 629	+ 2 805	+10 884
1987	283 008	+14 423	+ 3 095	+17 946
1988	298 715	+10 501	+ 3 490	+14 326
1989	322 632	+54 462	+ 4 105	+57 662

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Zustrom von Flüchtlingen 1960/1989

Abbildung 1



der Befreiungsscheininhaber andererseits belegt

Mit dieser Erkenntnis begann ein Umdenken im Bereich der Asyl- und Ausländerpolitik, das sich im Laufe des Jahres 1990 in einer Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz und einer Neuorientierung der Asylpolitik niederschlug. Durch eine koordinierte Politik (Regionalpolitik, Bildungspolitik, Wohnungspolitik und Arbeitsmarktpolitik) mit verschiedenen Instrumentarien wird heute die Integration der Ausländer angestrebt

Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz

Die Ausländerpolitik der Vergangenheit hat die Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes verschärft und über die Bindung der Beschäftigungsbewilligung an einen Betrieb (erst nach 8 Jahren durchgehender legaler Beschäftigung war die Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer und damit die freie Arbeitsplatzwahl für den Ausländer möglich) strukturerhaltend gewirkt. Eine der wesentlichen Neuerungen im Ausländerbeschäftigungsgesetz setzt an diesem Punkt an. Ein Ausländer ist nunmehr (seit 1. Oktober 1990) nur im ersten Jahr nach Aufnahme der Beschäftigung an einen Betrieb gebunden; danach wird die Arbeitserlaubnis an die Person erteilt; dies sollte die Effizienz der Allokation steigern. Der Ausländer kann dann ebenso wie der Inländer jene Stellung annehmen, die ihm am lukrativsten erscheint. Die ersten fünf Jahre bleibt seine Mobilität auf das Bundesland beschränkt, erst

mit dem Befreiungsschein (jetzt nach fünf Jahren durchgehender Beschäftigung) wird er dem Inländer in der Freizügigkeit gleichgestellt. Somit bedeutet die Novelle eine Umorientierung in Richtung einer Förderung des Strukturwandels, wie sie die Schweiz schon Mitte der siebziger Jahre vorgenommen hat — allerdings weitergehend als heute in Österreich, da die Bindung an den Betrieb und Kanton nur im ersten Jahr der Zuweisung des Ausländers gilt. Nach einem Jahr kann der „Jahresaufenthalter“ in der Schweiz auch über die Kantonsgrenze hinweg seinen Arbeitsplatz wechseln.

Zur Diskussion stand in Österreich die Einführung des Saisonierstatus nach Schweizer Vorbild. Diese Form des Ausländerbeschäftigungsvertrags wurde abgelehnt, weil sie eine Schlechterstellung der ausländischen Saisonarbeiter gegenüber der gültigen Regelung bedeutet hätte: Familienmitglieder hätten kein Recht auf Aufenthaltsgenehmigung. In der Schweiz erwägt man diese Vertragsform abzuschaffen, da häufig Familienmitglieder von Ausländern illegal einreisen und so besondere soziale Härten, insbesondere für schulpflichtige Kinder auf sich nehmen. Auch in der Schweiz ist nach viermaliger Verlängerung des Saisonvertrags die Umwandlung in einen Jahresvertrag und damit die Familienzusammenführung möglich; der Saisonvertrag schiebt demnach die endgültige Integration des Ausländers in den Arbeitsmarkt nur hinaus.

Ein weiterer Aspekt der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz betrifft die Legalisierung der

Schwarzarbeit von Ausländern: Ausländer, die vor dem 1. April 1990 in Österreich legal anwesend waren, haben Anspruch auf eine Beschäftigungsgenehmigung. Dies ist die erste solche Maßnahme in Österreich, vergleichbar mit ähnlichen Regelungen in Frankreich und den USA in den achtziger Jahren. Man hofft, so etwa 30 000 bis 40 000 nicht deklarierte Beschäftigungsverhältnisse sichtbar zu machen. Innerhalb von zwei Monaten nach Einführung dieser Maßnahme (Ende September 1990) haben etwa 20 000 Ausländer von dieser Legalisierungsmöglichkeit Gebrauch gemacht. Nach Auslaufen der Legalisierungsphase wird ab November 1990 Schwarzarbeit verschärft kontrolliert — die Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz schafft die rechtliche Voraussetzung für effizientere Kontroll- und Strafbestimmungen, indem sie dem Ministerium für Arbeit und Soziales Parteistellung im Verfahren gegen Schwarzarbeit einräumt.

Grundsätzlich soll die Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz die Bearbeitung eines Antrags um Beschäftigungsbewilligung verkürzen — u. a. durch die Entkoppelung des Bewilligungsverfahrens von Aufenthaltsberechtigung und Arbeitserlaubnis wurde die Abwicklung schon jetzt erheblich beschleunigt.

Die Gesetzesnovelle führt eine Obergrenze der Ausländerbeschäftigung ein: Der Ausländeranteil darf 10% des gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebotes nicht überschreiten. In den einzelnen Bundesländern kann er durchaus höher liegen — er erreicht ja in Vorarlberg schon jetzt 15%. Da der Ausländeranteil am Arbeitskräfteangebot im gesamten Bundesgebiet derzeit 8% beträgt, ist bis zum Auslaufen dieser Quotenregelung Ende 1992 noch ein gewisser Spielraum gegeben, danach kann neu verhandelt werden. Eine vergleichbare Quotenregelung, die alle Ausländergruppen umfaßt, gibt es im Ausland nicht. Die Schweiz setzt nur für einzelne kontrollpflichtige Ausländergruppen — für Saisonarbeiter und Grenzgänger — jährlich Obergrenzen fest.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß der häufig diskutierte Grenzgängerstatus für Arbeitskräfte aus den Nachbarländern im Osten Österreichs, wenn er analog zur

Schweiz und zu Liechtenstein eingeführt werden sollte, mit der Bestimmung von Kontingenten oder Höchstzahlen und laufender Kontrolle verbunden sein müßte. Gegenwärtig arbeiten schon eine Reihe von Ungarn und Tschechoslowaken de facto als Grenzgänger in Österreich (mit einem Wohnort in ihrer Heimat). Ihre Arbeitsgenehmigung wird über das Ausländerbeschäftigungsgesetz geregelt

Neuregelung für Asylwerber

Der starke Zustrom von Asylwerbern stellte 1989 und 1990 die traditionellen Abläufe in Frage. Ende August 1990 waren rund 20 000 Asylwerber in Österreich registriert, davon etwa 13 000 aus Rumänien. Ende 1989 hatten Rumänen etwa die Hälfte der Asylwerber gestellt; im Laufe des Jahres 1990, als die Hoffnungen auf rasche politische Reformen in Rumänien schwanden, schwoll der Zustrom aus Rumänien an.

Da mit einer raschen Abwanderung der Asylwerber nach Übersee wie in der Vergangenheit kaum zu rechnen war, mußte Österreich erstmals eine bewußte Integrationspolitik betreiben. Eine Umstrukturierung, zunächst eine größere regionale Streuung der Asylwerber, setzte ein. Die Festsetzung von Asylwerberquoten für jedes Bundesland beruhte auf der

Überlegung, daß Ausländer in den westlichen Bundesländern, in denen Arbeitskräfte angesichts der guten Konjunktur 1989/90 knapp wurden, größere Chancen einer Integration in den Arbeitsmarkt hätten als in den wirtschaftlich ärmeren Regionen, in denen bisher Asylwerber, entweder in Lagern oder in Gasthöfen, untergekommen waren. Weiters öffnete man den Asylwerbern die Tür zum Arbeitsmarkt. Asylwerber können in Österreich ohne Wartezeit (in der Schweiz nach drei Monaten) eine Stellung antreten; das Arbeitsamt nimmt Asylwerber in die Vermittlung auf. Da die Arbeitsaufnahme für Asylwerber ohne Um- oder Einschulungsmaßnahmen sowie Sprachkurse häufig schwierig ist, wurden sie in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einbezogen. Dies bedeutet einen wesentlich liberaleren Ansatz zur Frage der Asylwerber als etwa in Schweden: Nur Flüchtlinge, nicht aber Asylwerber, haben dort Zugang zum Arbeitsmarkt. Asylwerber müssen in Lagern oder auf Schiffen den positiven Abschluß ihres Verfahrens abwarten. Ein Hauptproblem der Integration von Asylwerbern und Arbeitsmigranten ist in Österreich ebenso wie im Ausland in der Wohnraumbeschaffung zu sehen.

Angesichts des Anstiegs der Arbeitslosigkeit stellt sich die Frage, welche Gruppen von Arbeitskräften besonders von den verschärften Wettbe-

werbsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Im Durchschnitt des III. Quartals 1990 lag die Arbeitslosigkeit um 23 100 oder 20% über dem Vorjahresniveau. Knapp 40% dieses

Effekt der Angebotsausweitung auf die Struktur der Arbeitslosigkeit

Anstiegs entfielen auf Ausländer; der Großteil davon (rund 5 000) geht auf die Aufnahme der Asylwerber in die Arbeitslosenstatistik, d. h. auf die statistische Erfassung von Neuzugängen zum Arbeitsmarkt zurück. Ein weiterer Effekt, der die registrierte Arbeitslosigkeit der Ausländer gegenüber dem Vorjahr anhebt, liegt in der Gewährung von Notstandshilfe an Befreiungsscheininhaber (seit 1. August 1989). Die Zahl längerfristig arbeitsloser Ausländer wird damit sichtbar gemacht; sie ist jedoch relativ gering. Der Großteil des Anstiegs der Ausländerarbeitslosigkeit entfällt auf Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, also auf kurzfristige Arbeitslosigkeit. Ausländische Arbeitskräfte und Arbeitslose sind überwiegend Jugendliche und Personen mittleren Alters. Der überdurchschnittliche Anstieg der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte (über 50 Jahre) trifft vor allem Inländer. Zu berücksichtigen ist allerdings im Jahresvergleich der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte, daß Arbeitslose

Entwicklung der Struktur der Arbeitslosigkeit nach Alter und Geschlecht

Übersicht 3

1990

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	I Qu	II Qu	III Qu	I Qu	II Qu	III Qu	I Qu	II Qu	III Qu
15 bis 24 Jahre	24 709	14 683	14 412	16 857	18 197	18 016	41 566	32 880	32 428
25 bis 29 Jahre	19 892	11 752	11 088	13 540	13 821	14 002	33 432	25 573	25 089
30 bis 39 Jahre	29 568	16 876	15 597	18 393	17 437	17 269	47 960	34 313	32 866
40 bis 49 Jahre	24 584	14 238	13 076	14 948	13 443	12 910	39 532	27 681	25 986
50 bis 59 Jahre	18 775	12 595	12 405	9 498	9 132	9 215	28 273	21 727	21 620
60 Jahre und älter	600	523	519	358	355	357	958	878	876
Veränderung gegen das Vorjahr									
15 bis 24 Jahre	-1 983	+1 347	+2 781	- 103	+ 261	+1 397	-2 067	+1 607	+4 179
25 bis 29 Jahre	- 327	+1 027	+2 391	+ 645	+1 160	+2 243	+ 317	+2 187	+4 633
30 bis 39 Jahre	- 320	+1 388	+2 652	+1 126	+1 649	+2 854	+ 805	+3 037	+5 506
40 bis 49 Jahre	- 774	+ 390	+1 236	+ 412	+ 904	+1 535	- 362	+1 294	+2 771
50 bis 59 Jahre	+1 864	+2 406	+2 868	+2 357	+2 698	+2 987	+4 221	+5 104	+5 854
60 Jahre und älter	+ 91	+ 127	+ 148	+ 14	+ 41	+ 59	+ 105	+ 168	+ 207
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
15 bis 24 Jahre	- 7,4	+10,1	+23,9	- 0,6	+ 1,5	+ 8,4	- 4,8	+ 5,1	+14,8
25 bis 29 Jahre	- 1,6	+ 9,6	+27,5	+ 5,0	+ 9,2	+19,1	+ 1,0	+ 9,4	+22,6
30 bis 39 Jahre	- 1,1	+ 9,0	+20,5	+ 6,5	+10,4	+19,8	+ 1,7	+ 9,7	+20,1
40 bis 49 Jahre	- 3,1	+ 2,8	+10,4	+ 2,8	+ 7,2	+13,5	- 0,9	+ 4,9	+11,9
50 bis 59 Jahre	+11,0	+23,6	+30,1	+33,0	+41,9	+48,0	+17,5	+30,7	+37,1
60 Jahre und älter	+17,9	+32,1	+39,9	+ 4,1	+13,1	+19,8	+12,3	+23,7	+30,9

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Entwicklung der Struktur der Arbeitslosigkeit nach höchster abgeschlossener Ausbildung

Übersicht 4

	Pflichtschule	Lehre	Mittlere Schule	Allgemein-bildende höhere Schule	Höhere Schule	Hochschule
Arbeitslose						
1990 I Quartal	93 774	74 049	9 550	4 309	4 617	4 010
II Quartal	69 226	50 306	9 190	4 301	4 772	3 963
III Quartal	65 069	46 337	9 888	5 169	5 862	5 295
Veränderung gegen das Vorjahr						
1990 I Quartal	+ 1 279	+ 365	+ 434	+ 311	+ 372	+ 73
II Quartal	+ 8 217	+ 2 882	+ 766	+ 461	+ 606	+ 133
III Quartal	+ 13 508	+ 6 477	+ 790	+ 638	+ 731	+ 562
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1990 I Quartal	+ 1,4	+ 0,5	+ 4,8	+ 7,8	+ 8,8	+ 1,9
II Quartal	+ 13,5	+ 6,1	+ 9,1	+ 12,0	+ 14,5	+ 3,5
III Quartal	+ 26,2	+ 16,2	+ 8,7	+ 14,1	+ 14,2	+ 11,9

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

höher als für den Durchschnitt aller Arbeitslosen (+29% gegenüber +18,6%)

Die Arbeitslosigkeit steigt vor allem unter Hilfsarbeitern und qualifizierten Anlernarbeitern; dies geht aus der Statistik über die höchste abgeschlossene Ausbildung der Arbeitslosen hervor. Über 80% des Anstiegs der Arbeitslosigkeit betrafen im III Quartal 1990 Absolventen von Pflichtschulen und Lehre. Der Neuzugang ausländischer Arbeitskräfte ist vor allem in diesem Qualifikationssegment angesiedelt. Der starke Angebotsschub dürfte einen Verdrängungswettbewerb um diese Arbeitsplätze ausgelöst haben; diese Hypothese bestärkt ein Vergleich der Branchenstruktur der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit: Gerade in jenen Branchen, in denen die Beschäftigung am stärksten zugenommen hat, waren gleichzeitig die höchsten Zuwächse an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

über 50 Jahre in Krisenregionen seit Juni 1988 länger Arbeitslosengeld beziehen können und daß dies die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit erhöht. Im Juli 1990 waren 21 000 Arbeitslose zwischen 50 und 60 Jahren registriert, um 5 600 oder 35,9% mehr als im Vor-

jahr. Auf Krisenregionen entfielen 8 200 ältere Arbeitslose, um 2 700 oder 48,6% mehr als im Vorjahr. Demnach war auch in Gebieten, in denen keine Sonderregelungen für ältere Arbeitslose vorgesehen sind, der Anstieg der Arbeitslosigkeit signifikant

MIT DER P.S.K. RASCH UND SPURTSTARK ANS SPARZIEL

- P.S.K. PRÄMIENSPAREN**
- P.S.K. WERTSPARBRIEF**
- P.S.K. PRIVATSPARBUCH**
- P.S.K. POSTSPARBUCH**
- P.S.K. KAPITALSPARBUCH**

